

„Bringt die Weißen wieder an die Regierung“

Die katastrophale Versorgung schürt die Wut in Südafrika. Die Kommunalwahlen könnten zur Abrechnung mit der Regierungspartei ANC werden.

Von **Claudia Bröll, Vanderbijlpark**

Irrendwann hat sich Fanie Barkhuizen so sehr über die drei riesigen Löcher in der Straße vor seinem Haus geärgert, dass er kleine Palmen davor pflanzte. Zur Verschönerung. In jedem von ihnen könnte locker ein Auto verschwinden – oder bei Regen ein Nilpferd, wie die Bewohner dieses Viertels in Emfuleni südlich von Johannesburg gerne spotten. Die Löcher klaffen schon seit drei Jahren im Boden. Gekümmert hat sich die Gemeindeverwaltung bisher nicht. Nun aber hängen an allen Laternenpfosten entlang der Straße Wahlkampfplakate mit Kandidaten verschiedener Parteien. Sie lächeln scheinbar zuversichtlich auf die drei tiefen Löcher herab.

Südafrika ist im Wahlkampfieber. An diesem Montag finden die Kommunalwahlen statt. Für die Regierungspartei Afrikanischer Nationalkongress (ANC) sind sie die erste große Bewährungsprobe seit Beginn der Corona-Pandemie und nach den Ausschreitungen im Juli, als Tausende in zwei Provinzen Einkaufszentren und Supermärkte plünderten. Auslöser der Unruhen war angeblich der Gang des früheren Präsidenten Jacob Zuma ins Gefängnis. Mittlerweile ist er nach offiziellen Angaben aus „gesundheitlichen Gründen“ wieder entlassen worden.

Umfragen zufolge könnte der ANC herbe Stimmenverluste verzeichnen. Schon 2016 hatte er die Mehrheit in großen Metropolen wie Johannesburg verloren und das schlechteste Ergebnis seit dem Ende der Apartheid eingefahren. Damals profitierten die großen Oppositionsparteien Democratic Alliance (DA) und die Economic Freedom Fighters (EFF) von den Verlusten des ANC. Jetzt könnte es anders sein. Nie zuvor traten so viele kleine Parteien und unabhängige Kandidaten an. Den „Independents“ werden gute Chancen attestiert. Daraus könnten vielerorts völlig neue Koalitionen entstehen.

Fanie Barkhuizen gestikuliert wild, als er mit seinen drei Nachbarn vor seinem Haus steht. Schon wieder kein Strom, schimpft er, schon seit einer Woche. Er hat einen Dieselmotorgenerator. Wenigstens das, aber das Ungetüm ist laut und sehr teuer. 500 Rand am Tag, umgerechnet 30 Euro. Immerhin gehe sein Alltag irgendwie weiter, und die Nachbarn könnten auch Strom abzapfen. Die Straßenlaterne, an der die Wahlplakate hängen, habe übrigens zuletzt 2001 funktioniert, schiebt er hinterher.

Für Südafrika ist das Nachbarschaftstreffen fast fast Jahrzehnte nach dem Ende der Apartheid immer noch ungewöhnlich. Barkhuizen ist ein weißer Afrikaner, ein Mann, der bei jedem Wetter kurze beige Hosen und ein über den Bauch gespanntes



Erzürnt die Anwohner: Tiefe Löcher in einer Straße in Vanderbijlpark, einem Teil der Gemeinde Emfuleni

Fotos Claudia Bröll

kurzärmliges Hemd trägt. Die drei Nachbarn sind schwarze Südafrikaner. Sie zogen nach dem Ende der Apartheid nach und nach in diese zuvor „weiße“ Wohngegend mit den einstöckigen Backsteinhäusern und großen Gärten. „Wir halten hier alle zusammen“, sagt einer von ihnen. Die anderen nicken. Ärger und Nöte schweifen zusammen.

In Südafrikas Armenvierteln sind Proteste gegen die schlechte Versorgungslage schon lange alltäglich. Bewohner besserer Gegenden nehmen meist keine Notiz mehr davon. Doch bei diesen Wahlen ist „Service Delivery“ das große Thema. „Wir versprechen dem südafrikanischen Volk, dass wir es besser machen werden, viel besser, als wir es in der Vergangenheit getan haben“, sagte Präsident Cyril Ramaphosa, als er das ANC-Wahlmanifest vorstellte, und gestand ein: „Wir haben nicht immer das Beste getan.“

Für die einstige Partei von Nelson Mandela verliefen auch die Vorbereitungen auf diese Wahlen holprig. Beinahe wäre der ANC gar nicht überall angetreten. Erst musste er Häme einstecken, weil er die Gehälter der eigenen Mitarbeiter nicht mehr bezahlen konnte. Dann hatte er die Kandidatenlisten für zahlreiche Bezirke nicht rechtzeitig parat, weil er auf eine Verschönerung der Wahl wegen der Corona-Pandemie gesetzt hatte. Das Verfassungsgericht aber lehnte einen entsprechenden Antrag der Wahlkommission ab. Nach einigem Ringen gewährte sie dem ANC eine Gnadenfrist. Als die Listen eilig fertiggestellt waren, eskalierte in einigen Orten die Gewalt. Einige Namen waren wohl auf verschlungenen Wegen auf die Listen gelangt, von Manipulation war die Rede.

Emfuleni hat 800 000 Einwohner und ist vor allem wirtschaftlich eine bedeutende Gemeinde. Die Städte Vereeniging, Vanderbijlpark und das in die Geschichte eingegangene Township Sharpeville gehören zu ihr. Unternehmen wie der Stahlkonzern Arcelor-Mittal haben hier ihre Werke. Für Schlagzeilen sorgt die Riesengemeinde aber aus anderen Gründen. Medien nennen sie die Kommune mit der schlechtesten Verwaltung in der Provinz Gauteng: hoch verschuldet, insolvent, gescheitert. Anfang dieses Jahres schaltete

sich die südafrikanische Kommission für Menschenrechte ein. Wegen der zusammengebrochenen Infrastruktur fließt täglich eine Million Liter unbehandeltes Abwasser auf Straßen, in Häuser und in den Vaal River, den drittgrößten Fluss im Land und die Wasserquelle für Millionen von Menschen. Verzweifelte Bürger hatten schon zuvor mit dem Slogan #EmfuleniMustFall gegen die vielen Missstände protestiert. Geändert hat sich nichts. Da die Kommune zahlungsunfähig ist, wird sie seit Mitte 2018 von einem Verwalter aus der Provinzregierung geführt. Obwohl er laut Verfassung längst hätte aufgelöst werden müssen, ist der vom ANC dominierte Gemeinderat noch im Amt. Genau das scheint das Problem zu sein.

MORGEN IN TECHNIK UND MOTOR

Elf Fenster

Alles zum neuen Windows 11

Energie aus Abwasser

Projekte in Berlin und Hamburg

Das ist der Gipfel

Fahrbericht Rolls-Royce Ghost

Digitale Bildung Teil 4

Wie die Unis ein schnelles Netz für Studenten und Wissenschaftler bereitstellen

Kostenloses Probeabo:
0697591-3359; www.faz.net/probeabo



Unpolitisch: Die Bewegung „New Horizon“ mit Gerhard Janse van Rensburg (rechts)

Viele Wähler hoffen jetzt auf die „Independents“. In Emfuleni treten mehr als 30 unabhängige Kandidaten zur Wahl an. Bischof Vincent Jones ist im Pfarrhaus einer nicht mehr genutzten Kirche anzutreffen. Ein hoher Stapel mit Wahlplakaten steht am Eingang. „Citizens take over“ und „Save Emfuleni“ ist auf ihnen zu lesen. Anfang dieses Jahres gründete er die Bewegung „New Horizon“. Es sei keine Partei, sagt er in bedächtigen Worten. „Nein, nein. Wir sind eine nicht auf Gewinn ausgerichtete Organisation, wir sind unpolitisch, wir wollen keine politische Macht, wir wollen nicht auf nationaler oder Provinzebene kandidieren, wir wollen nur eines: eine unpolitische, professionelle und saubere Kommunalverwaltung.“

Zu der noch jungen Bewegung gehören Bürgergruppen, Wirtschaftstreter und freiwillige Helfer wie Janse van Rensburg. Politiker sind nicht dabei. „Völlig fehl am Platz auf kommunaler Ebene“, sagt Bischof Jones über sie. Vor Ort gehe es um eine funktionierende Infrastruktur, um Basis-Dienstleistungen und ordentliche Finanzen. „Dafür braucht man keine Politiker, dafür braucht man professionelle Leute, Ingenieure, Finanzfachleute, Manager. Das ist eher ein Job für ein Unternehmen als für eine Partei.“ Er hält die Kandidaturen der vielen „Independents“ für den Beginn eines Paradigmenwechsels nicht nur in Emfuleni. „Meine Hoffnung ist, dass im Jahr 2024 die Hälfte der Gemeinden in Südafrika unpolitisch ist.“

Die Geduld der Bürger sei zu Ende, vor allem in solchen völlig vernachlässigten Ortschaften. „Diese Gemeinde ist insolvent, überall fließt dreckiges Abwasser, es ist ein völliger Zusammenbruch. Im Grunde gibt es keine Regierung.“ Normalerweise würden verärgerte Menschen gar nicht zur Wahl gehen, sagt der Bischof. „Wir bieten ihnen eine Alternative.“ Je nach Ergebnis will seine Bewegung nach der Wahl mit anderen unabhängigen Organisationen zusammenarbeiten, um die Mehrheit der Sitze im Gemeinderat zu stellen.

Einen grundlegenden Gesinnungswandel hat Bischof Jones auch selbst hinter sich. Früher war er Mitglied im ANC, involviert in den Widerstandskampf gegen die Apartheid. Seine Kirche in Soweto diente Mitte der achtziger Jahre als Treffpunkt für ANC-Genossen. „Wir wurden von der Polizei schikaniert“, erinnert er sich. „sie warf Tränengaskanister durch das Fenster der Kirche, sie kam nachts und durchsuchte das Missionshaus nach

Waffen. Wir schliefen immer halb wach, weil wir wussten, dass sie jederzeit kommen und die Tür eintreten konnten.“ Er selbst wurde nie verhaftet, aber er wusste stets, dass er beobachtet wurde, auch im Ausland. Auf einer Konferenz in Amsterdam 1986 sprach ihn ein Mann an, der sich als amerikanischer Journalist ausgab. „Ich sah ihn mir an und dachte, er sieht aus wie ein weißer Südafrikaner, er spricht auch so. Er war ein Spion.“

Auch nach den ersten demokratischen Wahlen 1994 blieb der Bischof überzeugter ANC-Anhänger. Der Bruch kam, als sich die Korruptionsskandale häuften, vor allem während der Präsidentschaft von Jacob Zuma. Heute sieht er Parallelen zu anderen afrikanischen Ländern. „Leider gibt es in ganz Afrika schlechte Beispiele, wie eine Befreiungsbewegung in eine Diktatur umschlägt und durch und durch korrupt wird. Das ist überall passiert. Wir befinden uns auf dem gleichen Weg. Wir haben keine Lehren gezogen.“ Sich einer Oppositionspartei anzuschließen kommt für ihn nicht infrage. Daher entschied er sich für eine eigene Bewegung. Er nennt sich bewusst nicht „Vorständler“, sondern „CEO“, spricht im Manager-Jargon vom „Bottom-up-Ansatz“. Unten, auf der lokalen Ebene müsse man anfangen, Missstände zu beseitigen.

In den letzten Tagen vor den Wahlen liefen die Kampagnen aller Parteien auf Hochtour. Präsident Ramaphosa hatte einen Wahlkampfauftritt nach dem anderen. Einige bemängelten, er sage immer das Gleiche und mache sogar die gleichen Witze. Auch andere Mitglieder der ANC-Spitze waren in vollem Einsatz. Mancherorts erlebten sie einen frostigen Empfang. In Emfuleni war niemand aus der ANC-Führung aufgetaucht. Vor wenigen Wochen kam der nationale Minister für Wasser und Sanitäranlagen, Senzo Mchunu, mit dem Premierminister der Provinz vorbei. Die Gruppe besichtigte neue Wasser- und Sanitärprojekte, um die Verschmutzung des Vaal-Flusses zu stoppen. „Wir haben in der Vergangenheit viele Anstrengungen unternommen, aber jetzt wird es klappen“, versprach der Minister. „Wir sind absolut entschlossen.“

Nicht alle schienen überzeugt zu sein. Als vergangene Woche eine weitere Besprechung des Projekts stattfand, diesmal ohne Minister, stürmten Dutzende wütender Anwohner den Konferenzraum. Die Polizei musste eingreifen, die Veranstaltung wurde abgebrochen. Janse van Rensburg war bei der Sitzung dabei. Er macht sich große Sorgen. „Das ist ein Pulverfass. Die Leute wollen sich nicht mehr mit ein paar Sätzen abspesen lassen.“

Lieber eine Einigung mit den Taliban

Pakistan warnt die westlichen Staaten vor einem Kollaps in Afghanistan / Von **Alexander Haneke, Islamabad**

Hat Pakistan von der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan profitiert? Seit ihrer Gründung gilt Pakistan als Verbündeter der Taliban, auch wenn sich das Land nach dem 11. September 2001 in die von den Amerikanern angeführte Anti-Terror-Koalition einreichte. Seitdem wird Islamabad vorgeworfen, ein doppeltes Spiel zu spielen. Pakistans Nationaler Sicherheitsberater Moed Yusuf kennt diese Sicht. Er hat an amerikanischen Universitäten geforscht und war, bevor er 2019 zurück nach Pakistan ging, für die Washingtoner Denkfabrik Institute of Peace tätig.

„Wir haben eine rund 2500 Kilometer lange Grenze zu Afghanistan. Eine Grenze, die für Jahrhunderte durchlässig war und nur leicht bewacht, die Stämme grennt hat und Familien“, sagt Yusuf der F.A.Z. „Die Lektion, die Pakistan aus den letzten vier Jahrzehnten gelernt hat, ist: Immer, wenn Afghanistan in Instabilität verfällt, hat das Folgen für die Stabilität in Pakistan – unmittelbar.“ Wie könne man also denken, dass sein Land von der Situation profitiere? Yusuf verweist auch auf die bis zu 3,5 Millionen afghanischen Flüchtlinge, die Schätzungen zufolge nach vier Jahrzehnten der Kriege in Afghanistan in Pakistan lebten, und die rund 60 000 Menschenleben, die der Krieg gegen den pakistanischen Ableger der Taliban, die TTP, bisher kostete.

Pakistan blickt beunruhigt auf die Abwehrhaltung der meisten westlichen Staaten. Die USA haben das Milliardenvermö-

gen der afghanischen Zentralbank eingefroren, während sich die Versorgungssituation immer weiter verschärfte. Eine Anerkennung der Islamisten kommt für den Westen bisher nicht infrage. Auf der Konferenz in Moskau, wo Afghanistans Nachbarn und die Taliban zusammenkamen, nahm er nicht teil, weniggleich Gespräche auf anderen Kanälen laufen. Der Westen hofft, dass der Druck auf die Taliban wächst, eine inklusive Regierung zu präsentieren und fundamentale Rechte vor allem für Frauen zu garantieren.

Für Yusuf kommt dies einer Aufgabe gleich: „Wenn Sie Aschraf Ghani oder Hamid Karzai gesagt hätten, sie müssten zwei Monate ohne finanzielle Hilfe von außen durchhalten, was glauben Sie, wäre mit ihren Regierungen passiert? Sie wären kollabiert.“ Pakistan könne sich „nicht den Luxus leisten, zu sitzen und abzuwarten.“ Der Unterschied zu seinen westlichen Kollegen sei: „Ich muss mit jedem zusammenkommen, wer auch immer es ist.“ Das bedeute nicht, dass Pakistan die Taliban unterstütze. „Das bedeutet, dass sich in meiner Position sitze, meine Grenze ein Problem wird und am nächsten Tag die Instabilität nach Pakistan kommen kann.“

Daher lautet seine Botschaft an die Welt: „Lassen Sie sich konstruktiv auf die neue politische Realität ein, weil es eine Realität ist. Die Taliban kontrollieren Afghanistan, ob Sie es mögen oder nicht.“ Der Westen habe dabei einen großen Hebel. „Die Taliban wollen Legitimität und fi-

nanzielle Unterstützung. Pakistan kann ihnen beides nicht bieten.“

Der Westen könne, so Yusuf, an einem Arrangement arbeiten, in dem die Taliban eine inklusive Regierung schaffen, fundamentale Rechte garantieren und Terrorismus von afghanischem Boden ausschließen würden – im Gegenzug für westliche Hilfe. „Dann wären alle Seiten zufrieden, wir hätten ein relativ stabiles Afghanistan, keinen Kollaps und eine inklusive Regierung.“

Doch die Meinungen darüber, was inklusiv bedeutet, gehen weit auseinander. Das erste Übergangskabinett, das die Taliban Anfang September präsentierten, bestand aus drei Ausnahmen nur Paschtunen vertreten, also Mitglieder jener Volksgruppe, aus der die Taliban hervorgegangen sind. Frauen waren nicht vertreten. Einige Wochen später erweiterten die Taliban ihre Kabinettsliste zwar um einige Unabhängige und Angehörige anderer Volksgruppen, doch die westlichen Staaten stellten das bei Weitem nicht zufrieden.

„Aber wer entscheidet, was inklusiv bedeutet?“, fragt Yusuf. „Für mich und für Pakistan ist das eine souveräne Entscheidung Afghanistans. Ich kann nicht darüber bestimmen, wer im afghanischen Ka-

binett sitzt, Sie können das auch nicht.“ Fakt sei, dass kein westliches Land einen klaren Plan habe. „Wenn Sie sagen: Nehmen Sie alle in die Regierung auf, die Sie die letzten 20 Jahre bekämpft haben? Dann viel Erfolg!“ Auch die Forderung nach der Vertretung von Frauen im Kabinet hält Yusuf nicht für zielführend. „So funktionieren die Taliban nicht.“ Dass man einem westlichen Ideal nahekommen könnte, glaubt Yusuf nicht, aber das habe man auch in den vergangenen 20 Jahren nicht erreicht.

Wie der Westen plädiert Yusuf dafür, dass die Taliban fundamentale Rechte garantieren sollten. Doch es stelle sich die gleiche Frage: „Wer definiert das?“ Wenn die Weltgemeinschaft die nächsten sechs Monate über Definitionen rede, werde das Land kollabieren. „Und wenn es zu einem Kollaps kommt, glauben Sie, dass es den afghanischen Frauen dann besser gehen wird?“, fragt Yusuf. Wie also weiter? „In dieser Sache ist die Zeit nicht auf unserer Seite“, sagt Yusuf. „Außer Sie wollen den Zusammenbruch sehen. Mein Land kann sich das aber nicht leisten.“ Doch aus Pakistans Sicht ist es auch im Eigeninteresse des Westens, den drohenden Kollaps zu verhindern. Die Erfahrung lehre, dass sich die Folgen nicht auf die Region beschränken – sowohl was die Flüchtlingsbewegungen angeht als auch das Terrorismusproblem. Für Yusuf gibt es daher nur eine Lösung für Afghanistan: „Kommt zusammen und redet miteinander.“



Moed Yusuf

Neue Proteste in Sudan

UN-Generalsekretär: Gewalt „alarmierend“

mei. TEL AVIV. In Sudan haben Menschen am Sonntag abends gegen die Machtübernahme durch das Militär demonstriert, nachdem es bei einer Massendemonstration am Samstag Tote und Verletzte gegeben hatte. Medienberichten zufolge errichteten Demonstranten am Morgen wieder Barrikaden aus Steinen und Autoreifen. Die meisten Geschäfte in der Hauptstadt Khartoum blieben geschlossen, landesweit erschienen viele Regierungsangestellte aus Protest nicht zur Arbeit.

Hunderttausende Menschen im Land waren am Samstag den Aufrufen von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Gruppen zu einem „Millionenmarsch“ gefolgt. Sie forderten die Wiedereinsetzung der zivilen Übergangsregierung, die vom Militär am vergangenen Montag für abgesetzt erklärt worden war. Manche Demonstranten trugen Plakate mit dem Porträt des Ministerpräsidenten Abdalla Hamdok. Das Militär blockierte Brücken und Straßenkreuzungen, es kam zu Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften.

Diese setzten laut Angaben des Zentralkomitees sudanesischer Ärzte scharfe Munition und Tränengas ein. Zahlreiche Verletzte seien in Krankenhäuser eingeliefert, in der Stadt Omdurman drei Menschen erschossen worden. Damit stieg die Zahl der Todesopfer seit dem Putsch auf mindestens zwölf. Das Innenministerium bestritt den Einsatz scharfer Munition, viel-

mehr hätten Demonstranten die Polizei angegriffen.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, schrieb nach der Großdemonstration auf Twitter, die Berichte über Gewalt seien „alarmierend“, die Verantwortlichen müssten zur Rechenschaft gezogen werden. An die Armeeführung gerichtet äußerte Guterres, es sei „an der Zeit, zu den legitimen konstitutionellen Arrangements zurückzukehren“. Nach der Absetzung von Machthaber Omar al-Bachir hatten Militär und zivile Kräfte sich im Sommer 2019 auf eine gemeinsame Übergangsregierung geeinigt, die den Weg zu Wahlen ebnen sollte. Diese Konstruktion war vor einer Woche zerbrochen.

Der UN-Sonderbeauftragte für Sudan, Volker Perthes, teilte am Sonntag auf Twitter mit, dass er den unter Hausarrest stehenden Hamdok in dessen Residenz getroffen habe. „Wir haben Optionen für Vermittlung und den weiteren Weg für Sudan besprochen“, schrieb Perthes. Er werde diese Bemühungen mit anderen wichtigen sudanesischen Akteuren fortsetzen. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete unter Berufung auf Gesprächspartner Hamdoks, dieser sei bereit, über die Bildung einer neuen Regierung zu verhandeln. Zuvor misste jedoch die Situation vor dem Putsch wiederhergestellt werden, und alle Festgenommenen müssten freigelassen werden.